

Wahlprogramm
Kommunistische Partei Deutschlands
KPD



zur
Landtagswahl in
Mecklenburg-Vorpommern
am 20.09.2026

Kennst du das Land, wo die Kanonen blühn?

Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!
Dort stehn die Prokuristen stolz und kühn
in den Büros, als wären es Kasernen.

Dort wachsen unterm Schlips Gefreitenknöpfe.
Und unsichtbare Helme trägt man dort.
Gesichter hat man dort, doch keine Köpfe.
Und wer zu Bett geht, pflanzt sich auch schon fort!

Wenn dort ein Vorgesetzter etwas will
- und es ist sein Beruf etwas zu wollen -
steht der Verstand erst stramm und zweitens still.
Die Augen rechts! Und mit dem Rückgrat rollen!

Die Kinder kommen dort mit kleinen Sporen
und mit gezognem Scheitel auf die Welt.
Dort wird man nicht als Zivilist geboren.
Dort wird befördert, wer die Schnauze hält.

Kennst Du das Land? Es könnte glücklich sein.
Es könnte glücklich sein und glücklich machen?
Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein
und Fleiß und Kraft und andre schöne Sachen.

Selbst Geist und Güte gibt's dort dann und wann!
Und wahres Heldentum. Doch nicht bei vielen.
Dort steckt ein Kind in jedem zweiten Mann.
Das will mit Bleisoldaten spielen.

Dort reift die Freiheit nicht. Dort bleibt sie grün.
Was man auch baut - es werden stets Kasernen.
Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!

Erich Kästner, 1928

- geschrieben gegen den aufkommenden Militarismus. Heute, fast 100 Jahre später, wird aus Mecklenburg-Vorpommern wieder ein Aufmarschgebiet gemacht. Wir sagen: Nie wieder! Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!

Präambel – oder: Warum Kommunisten kandidieren

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit großen Möglichkeiten und großen Widersprüchen. Viele Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen erlebt: den Verlust von Arbeitsplätzen, die Abwicklung ganzer Industriezweige, Abwanderung junger Menschen und den Rückzug öffentlicher Infrastruktur aus vielen Regionen. Gleichzeitig tragen sie bis heute die Folgen politischer Entscheidungen, auf die sie nur begrenzten Einfluss hatten.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben deshalb das Gefühl, dass politische Versprechen sich zwar ändern, ihre Lebensrealität jedoch oft gleich bleibt: Krankenhäuser schließen, Löhne bleiben niedrig, öffentliche Angebote verschwinden aus der Fläche, während gleichzeitig Milliarden für Aufrüstung bereitgestellt werden. Diese Erfahrungen sind kein Zufall, sondern Ausdruck einer Gesellschaft, in der wirtschaftliche Interessen stärker wirken als demokratische Entscheidungen.

Die KPD tritt zur Landtagswahl an, weil die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Rentnerinnen und Rentner, der Jugendlichen und Familien im politischen System nicht ausreichend vertreten werden. Wir wollen diesen Interessen eine Stimme geben – sachlich, konsequent und nachvollziehbar. Wir verschweigen nicht die Grenzen parlamentarischer Politik: In einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche der Wirtschaft privat organisiert sind, bleiben politische Handlungsspielräume begrenzt. Entscheidungen über Investitionen, Arbeitsplätze oder Preise werden vielfach außerhalb demokratischer Kontrolle getroffen.

Dennoch sind Wahlen und Parlamente wichtige Orte der Auseinandersetzung. Sie bieten die Möglichkeit, soziale Probleme sichtbar zu machen, Entscheidungen kritisch zu begleiten, Alternativen aufzuzeigen und außerparlamentarische Initiativen zu stärken. Kommunistische Politik versteht parlamentarische Arbeit als Teil gesellschaftlicher Kämpfe. Verbesserungen im Alltag wurden historisch immer dann erreicht, wenn Betriebe, Kommunen und Bewegungen mit politischer Vertretung zusammenwirkten.

Wir treten an für Frieden, soziale Sicherheit und demokratische Mitbestimmung. Unser Ziel ist ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem wirtschaftliche Entwicklung dem Gemeinwohl dient, öffentliche Daseinsvorsorge gesichert ist und Menschen unabhängig von Herkunft oder Einkommen ein gutes Leben führen können.

Die Erfahrungen der DDR – vierzig Jahre soziale Sicherheit, umfassende Bildung und gesellschaftliche Solidarität – zeigen, dass das möglich ist. Gleichzeitig wissen wir: Gesellschaftliche Entwicklung gelingt nur mit echter demokratischer Mitwirkung und offener

Reflexion von Fehlern. Wir kandidieren nicht, um Probleme zu verwalten, sondern um ihre Ursachen beim Namen zu nennen: die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Dieses Programm ist eine Einladung zur Diskussion über die Zukunft unseres Landes – für ein friedliches, solidarisches und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern.

Wer ist die KPD?

Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde 1918/19 unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet. Sie entstand aus dem Widerstand gegen Krieg und Sozialabbau und verstand sich von Anfang an als konsequente Vertreterin der Arbeiterklasse. In der Weimarer Republik kämpfte sie gegen Ausbeutung, Militarismus und Faschismus.

Nach 1933 wurde die KPD verboten. Tausende Mitglieder wurden verfolgt, inhaftiert oder ermordet. Unter Ernst Thälmann blieb sie ihrer antifaschistischen Linie treu. Nach 1945 wirkten Kommunistinnen und Kommunisten am antifaschistischen Neubeginn mit. In der DDR setzte die Tradition der KPD in der SED fort.

Nach der Konterrevolution 1989/90 und der Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse wurde die KPD im Januar 1990 neu gegründet. Sie knüpft an die revolutionären und antifaschistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung an und steht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Ihr Ziel ist der Sozialismus.

Die KPD ist heute die Stimme all jener, die unter Ausbeutung, sozialer Unsicherheit und Kriegspolitik leiden. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit über den Profitinteressen weniger stehen.

Inhaltsverzeichnis

- I. Mecklenburg-Vorpommern heute**
- II. Soziale Sicherheit & Lebensbedingungen**
- III. Arbeit, Wirtschaft & Eigentum**
- IV. Landwirtschaft und ländlicher Raum**
- V. Wohnen – Grundrecht statt Spekulationsobjekt**
- VI. Bildung, Jugend und Ausbildung**
- VII. Verkehr und Mobilität**
- VIII. Umwelt, Natur und Tourismus**
- IX. Frieden und Sicherheit**
- X. Demokratie und parlamentarische Arbeit**

Wahlaufruf

I. Mecklenburg-Vorpommern heute – Leben und Arbeiten in einer Klassengesellschaft

Die Eigentumsfrage als Kern

Mecklenburg-Vorpommern hat große natürliche Ressourcen, engagierte Menschen und eine lange Tradition solidarischer Arbeit. Gleichzeitig gehört es zu den wirtschaftlich schwächeren Bundesländern: niedrige Löhne, Abwanderung, ausgedünnte Infrastruktur.

Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz. Nach 1990 wurden Industrie und Landwirtschaft privatisiert oder abgewickelt. Betriebe, die über Generationen Arbeitsplätze sicherten, gingen in Konzernhand oder verschwanden. Entscheidungen über Produktion und Investitionen werden heute oft außerhalb des Landes getroffen – dort, wo die Eigentümer sitzen.

Für die Menschen bedeutet das: Arbeit ohne Sicherheit, Löhne unter dem Bundesdurchschnitt, Abwanderung, Verlust öffentlicher Einrichtungen. Gewinne fließen ab, während Kommunen mit knappen Haushalten kämpfen.

Das ist die Realität einer Klassengesellschaft: Wer über Eigentum an Unternehmen, Boden und Infrastruktur verfügt, entscheidet über die Zukunft des Landes. Die KPD stellt die zentrale Frage: **Wem gehört Mecklenburg-Vorpommern – und in wessen Interesse wird es genutzt?**

Dort, wo Profitinteressen dominieren, werden Krankenhäuser geschlossen, Buslinien eingestellt, Mieten erhöht und Arbeitsplätze verlagert. Eine Politik im Interesse der Mehrheit muss daher die Eigentumsfrage stellen: Öffentliche Infrastruktur, Energie, Verkehr, Wohnen, Gesundheit und strategische Industrien gehören in öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum. Nur so kann Produktion der Versorgung der Bevölkerung dienen statt der Rendite weniger.

II. Soziale Sicherheit & Lebensbedingungen

Gesundheit ist kein Geschäft – Pflege und Rente sind keine Ware

Gesundheit und Pflege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht den Profitinteressen privater Konzerne oder militärischer Planungen untergeordnet werden.

In Mecklenburg-Vorpommern wird die Versorgung im ländlichen Raum systematisch ausgedünnt: Standorte werden geschlossen, Wege länger, Personal eingespart.

Die KPD fordert:

- Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau aller Krankenhausstandorte
- Überführung privater Krankenhäuser in öffentliches Eigentum mit demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte, Kommunen und Bevölkerung
- Abschaffung der Fallpauschalen (DRG-System)
- Verbindliche Personalbemessung, deutliche Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, volle Tarifbindung
- Kostenfreie Ausbildung und ausreichende Ausbildungsplätze

Nein zur Militarisierung des Gesundheitswesens: Die „Zeitenwende“ plant, das zivile Gesundheitswesen auf NATO-Kriege auszurichten – mit bis zu 1.000 verletzten Soldaten täglich. Zivile Kliniken sollen militärischen Zwecken untergeordnet werden. Die KPD lehnt das ab: Gesundheit dient dem Leben, nicht der Kriegsvorbereitung. Keine militärische Einbindung, keine Dienstverpflichtungen, Investitionen in zivile Versorgung statt Kriegsmedizin.

Pflege als gesellschaftliche Aufgabe: Öffentliche Pflegeeinrichtungen ausbauen, profitorientierte Konzerne abschaffen, bessere Bezahlung, Entlastung von Angehörigen, kostenfreie bedarfsgerechte Pflege.

Rente – Lebensleistung anerkennen: Viele ältere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben in Altersarmut. Ein Leben lang gearbeitet – und am Ende Flaschen sammeln? Das ist keine individuelle Schuld, sondern Ergebnis kapitalistischer Eigentumsverhältnisse.

Die KPD fordert:

- Renten oberhalb der Armutsgrenze
- Vollständige Ost-West-Angleichung
- Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente (eine solidarische Rentenkasse für alle)
- Rücknahme der Rentenalter-Erhöhung
- Stärkung des umlagefinanzierten Systems statt privater Vorsorge

Obdachlosigkeit beenden: Housing-First-Programme, Ausbau sozialer Wohnungsangebote, Prävention statt Verwaltung von Armut.

Die DDR zeigte: Soziale Sicherheit ist machbar, wenn sie Staatsauftrag ist. Die KPD macht sie wieder zum politischen Ziel.

III. Arbeit, Wirtschaft & Eigentum

Wer arbeitet, muss auch entscheiden können – Strategische Bereiche in öffentliche Hand

Mecklenburg-Vorpommern leistet harte Arbeit – in Werften, Landwirtschaft, Pflege, Tourismus. Doch die Wertschöpfung bleibt nicht im Land. Die Frage lautet: Wer verfügt über die Produktionsmittel?

Die KPD fordert:

- Deutliche Lohnerhöhungen und Angleichung an Westniveau
- Flächendeckende Tarifbindung, Verbot sachgrundloser Befristungen, Begrenzung von Leiharbeit
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten

Strategische Industrien in öffentliche Hand: Energie, große Werften und Industrieanlagen, Verkehr, zentrale landwirtschaftliche Flächen, Wohnungsbestände und Pflegekonzerne gehören in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Kommunen.

Werften und Industrie: Langfristige Sicherung der Arbeitsplätze, öffentliche Beteiligung, klare Ausrichtung auf zivile Produktion – keine Kriegswaffen.

Finanzen und Eigentum – Klassenpolitik statt Sparzwang: Öffentliche Armut neben privatem Reichtum ist kein Zufall. Gemeinsam mit europäischen Fiskalregeln erzeugt die Schuldenbremse einen dauerhaften Spardruck. Öffentliche Daseinsvorsorge wird untergraben, Privatisierungen und sogenannte „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (PPP-Modelle) werden vorangetrieben – obwohl sie langfristig teurer und ineffizient sind. Sie wirkt faktisch als Motor für Sozialabbau und Privatisierung und zwingt öffentliche Haushalte zu Kürzungen, während gleichzeitig private Vermögen wachsen. Die Schuldenbremse ist ein Instrument der Umverteilung von unten nach oben. Die KPD fordert ihre Abschaffung.

Weitere Forderungen:

- Höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften
- Ausbau landeseigener und kommunaler Betriebe
- Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge
- Demokratische Mitbestimmung über strategische Wirtschaftsbereiche

Eigentum ist Macht. Wer die Wirtschaft kontrolliert, kontrolliert die Gesellschaft. Die KPD will den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum der Allgemeinheit zurückgeben.

IV. Landwirtschaft und ländlicher Raum

Wem gehört unser Land? Gegen „Landraub“ und Bauernsterben

Nach 1990 wurden große Flächen privatisiert und an Investoren verkauft. Boden wurde zur Spekulationsware. Das hat konkrete Folgen:

- steigender Preisdruck auf kleinere Betriebe
- Konzentration von Land in immer weniger Händen
- Abhängigkeit von Großabnehmern und Konzernen
- Verlust regionaler Wertschöpfung

Die KPD fordert:

- Begrenzung außerlandwirtschaftlicher Flächenkäufe, Vorkaufsrechte für Kommunen und Bauern
- Offenlegung von Eigentumsstrukturen, Besteuerung brachliegender Spekulationsflächen
- Faire Erzeugerpreise, Stärkung regionaler Vermarktung und genossenschaftlicher Strukturen
- Förderung regionaler Verarbeitung
- Stärkung genossenschaftlicher und öffentlicher Eigentumsformen
- Landwirtschaft regional, planbar und sozial organisieren

Die Bodenreform nach 1945 zeigte: „Junkerland in Bauernhand“ war möglich. Nach 1990 wurde das Rad zurückgedreht. Heute braucht es wieder eine demokratische Bodenordnung, die Spekulation verhindert und regionale Entwicklung sichert.

Ländlicher Raum – gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen: Viele Regionen sind geprägt von Abwanderung, mangelnder Infrastruktur, schlechter medizinischer Versorgung sowie fehlenden Bildungs- und Kulturangeboten.

Die KPD fordert:

- Ausbau von Infrastruktur, öffentlichem Verkehr und digitaler Versorgung
- Sicherung wohnortnaher Gesundheitsversorgung
- Stärkung von Schulen, Kultur- und Jugendeinrichtungen
- gezielte Förderung strukturschwacher Regionen

Ländlicher Raum braucht Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und Kultur – gleichwertige Lebensverhältnisse sind Verfassungsauftrag.

V. Wohnen – Grundrecht statt Spekulationsobjekt

Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Solange Boden und Wohnraum Ware sind, entsteht Mangel und Verdrängung.

Die KPD fordert:

- Kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau massiv ausbauen und privatisierte Bestände zurückkaufen
- Landesweiten Mietendeckel, wirksame Mietpreisbremse, Kündigungsschutz, Verbot von Zweckentfremdung und spekulativen Leerstand
- Strenge Regulierung von Ferienwohnungen und Zweitwohnsitzen an der Küste
- Kommunale Vorkaufsrechte, Offenlegung von Bodeneigentum, Besteuerung brachliegender Flächen
- Öffentliche Bauunternehmen und energetische Sanierung ohne Umlage auf Mieter
- Sozialticket für Energie und Abschaltungssperren

Langfristig: Wohnraum schrittweise der Warenform entziehen – gesellschaftlich geplant und bedarfsgerecht.

VI. Bildung, Jugend und Ausbildung

Bildung ist ein soziales Recht – nicht Verwertungsmaschine

Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. **Die KPD fordert:**

- Vollständige Gebührenfreiheit aller Kitas, bessere Personalschlüssel, höhere Löhne für Erzieherinnen und Erzieher
- Gemeinschaftsschule statt sozialer Auslese, nach dem Vorbild des DDR Bildungssystems (bis zur 10ten Klasse gemeinsam), längeres gemeinsames Lernen, kleinere Klassen,
- Sofortige Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, attraktive Besoldung
- Ausbildungsplatzgarantie, tarifliche Vergütung, kostenfreie Berufsschule und Azubi-Ticket
- Auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen, mehr studentischer Wohnraum in öffentlicher Hand, demokratische Mitbestimmung
- Für Zivilklauseln. Verbot militärischer Forschung an den Hochschulen.

Auch im Hochschulbereich zeigt sich: Bildung wird zunehmend zur Ware. Die zunehmende Ausrichtung von Hochschulen auf Wettbewerb, Drittmittel und sogenannte „Exzellenzstrategien“ führt zu Unsicherheit, Befristung und sozialer Auslese.

Die KPD fordert: Eine starke Grundfinanzierung der Hochschulen, Gesicherte Dauerstellen für Daueraufgaben und die Unabhängigkeit von Wissenschaft, Lehre und Forschung von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen.

Politische Bildung und echte antifaschistische Arbeit stärken, wie wir sie aus der Zeit der demokratischen Republik kennen. Jugend braucht Perspektiven im Land – gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, funktionierende Infrastruktur.

VII. Verkehr und Mobilität

Mobilität ist Daseinsvorsorge – nicht Renditeobjekt

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern darf Mobilität nicht vom Einkommen oder Wohnort abhängen. **Die KPD fordert:**

- Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, dichtere Taktung, barrierefreier Ausbau
- Rückführung von Bahninfrastruktur in öffentliches Eigentum
- Gemeinwohlorientierte Nutzung von Bahnimmobilien statt Verfall oder Privatisierung
- Landesweites Sozialticket, Azubi- und Studierendenticket, perspektivisch fahrscheinloser Nahverkehr
- Öffentliche Kontrolle über Schiene und Bus, keine PPP-Modelle
- Ausreichende Landesmittel für kommunale Straßen und Brücken, Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen

In der DDR war der Nahverkehr flächendeckend und versorgungsorientiert. Das muss wieder möglich werden.

VIII. Umwelt, Natur und Tourismus

Natur schützen – nicht als Ware behandeln

Die ökologische Krise ist untrennbar mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen verbunden. Solange Natur zur Ware gemacht wird, wird ihr Schutz den Profitinteressen untergeordnet. Umweltpolitik muss die Profitlogik in Frage stellen.

Daher fordert die KPD:

- Energieversorgung in öffentlicher Hand
- Ablehnung von Frackinggas und teuren LNG-Importen und neuen energiepolitischen Abhängigkeiten von den USA
- sozial verträgliche Energiepreise
- Nachhaltige Tourismuskonzepte, Schutz sensibler Naturräume
- Gute Arbeitsbedingungen im Tourismus, Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung

Ökologische Krise und soziale Frage sind zwei Seiten derselben Medaille: der kapitalistischen Produktionsweise.

Tourismus darf nicht zu einer Entwicklung führen, bei der wenige profitieren und die Bevölkerung die Belastungen trägt. Besonders in Küstenregionen zeigt sich, wie steigende Mieten, Ferienwohnungen und Zweitwohnsitze die einheimische Bevölkerung verdrängen.

Die KPD fordert:

- Begrenzung von Ferienwohnungen und Zweckentfremdung
- gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne im Tourismus
- stärkere Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung
- Förderung regionaler Betriebe statt großer Investoren

IX. Frieden und Sicherheit

Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!

Mecklenburg-Vorpommern darf kein Aufmarschgebiet werden. In den letzten Jahren hat die militärische Präsenz in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zugenommen. Dazu gehören unter anderem:

- der **Fliegerhorst Rostock-Laage** mit dem Taktischen Luftwaffengeschwader 73 „Steinhoff“ (Eurofighter),
- die zunehmende militärische Nutzung ehemaliger Liegenschaften wie **Trollenhagen**,
- das Interesse an einer militärischen Nutzung des ehemaligen Flughafens **Schwerin-Parchim**,
- das Übungsgebiet **Jägerbrück bei Torgelow**,
- die Flugabwehrraketengruppe 24 in **Bad Sülze**,
- NATO-Manöver wie **BALTOPS** vor der Ostseeküste mit Startpunkten in Rostock,
- groß angelegte Truppenverlegungsübungen wie „**Schillscher Reiter**“.

Zudem wurden Tiefflugbeschränkungen aufgehoben, sodass Kampffjets über Teilen Mecklenburg-Vorpommerns in sehr geringer Höhe trainieren können. Ehemalige Militärflächen werden nicht mehr konsequent in zivile Nutzung überführt, sondern als „strategische Liegenschaftsreserve“ vorgehalten.

Militarisierung des Landes stoppen: Die KPD lehnt diese Entwicklung entschieden ab. Unser Land darf nicht weiter zu einem militärischen Brückenkopf im Ostseeraum ausgebaut werden. Militärmanöver und Truppenverlegungen erhöhen die Spannungen und tragen zur Eskalation bei, statt Sicherheit zu schaffen.

Militärische Mobilität und Infrastruktur: Infrastruktur wird in den vergangenen Jahren zunehmend unter militärischen Gesichtspunkten geplant. Unter dem Schlagwort „**Militärische Mobilität**“ werden Straßen, Brücken und Verkehrsachsen auf ihre strategische Belastbarkeit geprüft. Der Ausbau der **A20** wird inzwischen auch mit militärischer Bedeutung zwischen Nordsee- und Ostseehäfen begründet. Im Rahmen des „**Operationsplans Deutschland**“ werden Transportgenehmigungen für Militärfahrzeuge pauschal erleichtert. Wir lehnen das ab.

Die KPD fordert: Klare Trennung ziviler Infrastrukturplanung von militärischen Interessen, Vorrang für Schienenverkehr und regionale Mobilität.

Rüstungsindustrie und wirtschaftliche Abhängigkeit: Mit der Übernahme militärischer Werftteile in **Wolgast** und anderen Standorten durch große Rüstungskonzerne wird Mecklenburg-Vorpommern stärker in militärische Produktionsketten eingebunden.

Die KPD fordert Rüstungskonversion: Umstellung auf zivile Produktion, zivile Nachnutzung ehemaliger Kasernen und Übungsplätze, Qualifizierungsprogramme für Beschäftigte.

Jeder Euro für Rüstung fehlt in Pflege, Rente, Schulen und Bahn. Soziale Sicherheit statt „Sicherheitspolitik“. Frieden ist Voraussetzung für soziale Sicherheit. Die KPD lehnt die Militarisierung des Landes ab:

- Keine weitere militärische Aufrüstung, keine Ausweitung von Standorten (Laage, Trollenhagen, Parchim, Jägerbrück etc.)
- Keine Rüstungsproduktion in Werften – Konversion auf zivile Produktion
- Keine Militarisierung von Häfen, Gesundheitswesen, Schulen oder Infrastruktur
- Ablehnung der Wiedereinführung der Wehrpflicht
- Keine militärische Mobilität auf Kosten ziviler Bedürfnisse

Gute Nachbarschaft statt Konfrontation: Wir treten ein für eine Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit – insbesondere mit Russland und den Ländern Osteuropas. Wir stehen zur deutsch-russischen Freundschaft. Sanktionen, Aufrüstung und Konfrontation schaden der Bevölkerung hier wie da – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Frieden in Europa kann es nicht ohne, nicht gegen, sondern nur mit Russland geben. Wir unterhalten gute und enge Beziehungen zu unseren Schwesterparteien in Russland und setzen uns für die Wiederaufnahme guter Beziehungen ein. **Wir fordern** ebenso die Aufarbeitung der Terroranschläge auf die Nord-Stream-Pipeline sowie die Reparatur und Wiederinbetriebnahme. Energiepolitik, Wirtschaft und internationale Beziehungen müssen sich an Zusammenarbeit und gegenseitigem Nutzen orientieren – nicht an geopolitischen und Kapitalinteressen.

Uns ist bewusst, dies ist ein Landtagswahlprogramm und diese Thematik ist nicht in Mecklenburg-Vorpommern zu lösen, dennoch führen wir dies hier mit auf, denn Frieden ist für uns keine Nebenfrage. Er ist die Voraussetzung für soziale Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und ein Leben ohne Angst vor Krieg. Die deutsche Geschichte ist voll von Lehren, die nicht ignoriert werden dürfen. Mecklenburg-Vorpommern braucht Investitionen in die Zukunft – nicht in Aufrüstung. Energiepolitik muss bezahlbar, souverän und friedensorientiert sein.

XI. Demokratie und parlamentarische Arbeit

Demokratie endet nicht am Werkstor: Demokratie ist mehr als parlamentarische Repräsentation. Parlamente können Missstände sichtbar machen und Verbesserungen erkämpfen – sie ändern jedoch nicht die grundlegenden Eigentumsverhältnisse. Die KPD verteidigt alle erkämpften demokratischen Rechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit und setzt sich für deren Ausbau ein. Repressionen wie in den vergangenen Jahren zunehmend stattfinden gegen politisch Andersdenkende lehnen wir ab. Gleichzeitig verstehen wir Demokratie nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich: Politische und wirtschaftliche Demokratie gehören zusammen.

Wir fordern deshalb:

- Ausbau direkter Demokratie durch erleichterte Bürger- und Volksbegehren
- Absenkung der Hürden für die Teilnahme an Wahlen und direktdemokratischen Verfahren
- Stärkung kommunaler Selbstverwaltung und bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen
- umfassende Transparenz über Lobbykontakte, politische Einflussnahme und Eigentumsstrukturen
- vollständige Offenlegung sämtlicher Nebeneinkünfte und wirtschaftlicher Interessen von Abgeordneten
- Mitbestimmung der Beschäftigten in wirtschaftlichen Kernfragen

Demokratie muss auf die Wirtschaft ausgedehnt werden. Entscheidungen über Produktion, Ressourcen und Arbeitsbedingungen dürfen nicht allein in den Händen weniger wirtschaftlicher Akteure liegen.

Demokratische Realität und strukturelle Hürden: Die KPD ist eine Partei ohne jegliche staatliche Finanzierung und ohne hauptamtliche Strukturen. Alle Mitglieder arbeiten ehrenamtlich und aus politischer Überzeugung. Solche Organisationen stehen in der Bundesrepublik vor erheblichen formalen und organisatorischen Hürden, um überhaupt an Wahlen teilnehmen zu können. Diese Regeln werden im Wesentlichen von den etablierten Parteien mitbestimmt.

Das führt zu einer strukturellen Ungleichheit politischer Teilhabe. Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Senkung der Zugangshürden zur politischen Beteiligung ein – sowohl bei Wahlen als auch bei direktdemokratischen Verfahren. Demokratie muss für alle politisch aktiven Menschen und gesellschaftlichen Gruppen real zugänglich sein – nicht nur für institutionell bereits etablierte Kräfte.

Grenzen der bürgerlichen Demokratie: Die formale Demokratie garantiert Rechte und Verfahren, bleibt aber sozial begrenzt. Sie schützt politische Gleichheit auf dem Papier, während wirtschaftliche Macht weiterhin ungleich verteilt ist. Wir dürfen alle paar Jahre ein Kreuz auf dem Stimmzettel machen, aber die herrschende Klasse bleibt die Gleiche. Es ist ein Staat in den Händen der Besitzer der Monopole und großen Konzerne. Eine reine bürgerliche Demokratie bleibt unvollständig, solange wirtschaftliche Machtverhältnisse unangetastet bleiben. Reale Demokratie entsteht erst dort, wo auch ökonomische Machtverhältnisse demokratisch kontrolliert werden. Deswegen stellen wir immer und überall die Eigentumsfrage.

Demokratie und politische Freiheit: Repressionen gegen politisch Andersdenkende, wie sie in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren, insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie, sowie der deutschen Beteiligung am Krieg in der Ukraine, oder der Unterstützung des Genozids an der Bevölkerung in Gaza, zunehmend zu beobachten sind, lehnt die KPD ab. Demokratische Rechte müssen unabhängig von politischer Haltung gleichermaßen gelten und dürfen nicht eingeschränkt oder selektiv angewendet werden.

Gegen die Geschichtsfälscher: Ebenso lehnen wir die derzeitige Praxis ab, Geschichte politisch umzudeuten um sie für aktuelle Konflikt- und Aufrüstungspolitik zu instrumentalisieren. Dazu zählen insbesondere Geschichtsverdrehungen sowie die Umwidmung oder Abwertung von sowjetischen Ehrendenkmälern und Gedenkorten an die Opfer des Faschismus, die der historischen Erinnerung und der Würdigung der Befreiung vom Faschismus gewidmet sind. Eine

solche Instrumentalisierung historischer Erinnerung zur Legitimation gegenwärtiger Konfrontations- und Kriegspolitik weisen wir entschieden zurück.

Unser Aufruf

Die KPD stellt die Eigentumsfrage: Wem gehört Mecklenburg-Vorpommern? Den Konzernen und Spekulanten – oder den Menschen, die hier arbeiten und leben?

Wir treten an, um konkrete Verbesserungen durchzusetzen und die Ursachen der Missstände beim Namen zu nennen. Wir verschweigen keine Grenzen parlamentarischer Politik – aber wir nutzen jede Möglichkeit für die arbeitende Bevölkerung. Es geht um die Frage, in wessen Interesse dieses Land entwickelt wird.

Damit Opposition sichtbar wird!

Geben Sie der KPD Ihre Stimme zur Landtagswahl am 20. September 2026!

Für Frieden und Sozialismus!